

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Habes & Comp., Nr. 1268.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Krenthol, Dresden und Sachs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alstadt

Abonnementspreis einschließlich Frachtlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Brot und Zeit“ für einen halben Monat: 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 26 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompareillege 30 Goldpf., die 30 mm breite Melantheile 150 Goldpf., für unwichtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefüberlegung 10 Goldpf.

Nr. 71

Dresden, Montag den 24. März 1924

35. Jahrg.

## Auf in den Kampf!

### Wähler und Wählerinnen!

Am 4. Mai soll die Stimme des Volkes die Entscheidung geben für Ziel und Richtung der deutschen Politik.

Ein Antiumsondler sondergleichen richtet sich gegen das alte Kampferprobte Meer der deutschen Sozialdemokratie.

Von rechts und links her wird ihre Front berannt. Rückwärtler in den verschiedensten Masken und „Kadifale“, deren Radikalismus sich in Worten und sinnlosen Putzreden erschöpft, stürmen mit gleicher Wut gegen die Partei an, die in jahrzehntelangen Kampf den Aufstieg der Arbeiterklasse Schritt für Schritt erzog.

Die Umwandlung der alten reaktionären Parteien in „Volksparteien“ reichte nicht aus, das Volk zu täuschen. Neue Namen, neue Gruppen tauchen auf. Heute nennen sich die letzten „Freiheitspartei“.

Die jede errungene Freiheit wieder rückgängig machen wollen; heute nennen sich diejenigen Nationalsozialisten und Vaterländische, die Ludendorff, Hitler, Kahr und Winoway zu Diktatoren der deutschen Nation ausgerufen wollen. Herr Winoway, dem ehemaligen Geschäftsführer von Stinnes, Herrn Ludendorff, der immer floh, wenn die eigene Person in Gefahr war, Herrn Kahr und Herrn Hitler,

die sich gegenseitig des Verrats und des ehelosen Wortbruchs beschuldigen.

Das sind die Helden der neuen Freiheitspartei. Eine wüste antisemitische Hetze soll die Aufmerksamkeit des Volkes ablenken von dem gemeingefährlichen Treiben der Kriegs- und Inflationsgewinnler.

Von links her behaupten die Kommunisten, die Sozialdemokratie habe dem Kapitalismus die Zeigebügel gehalten.

Was ist die Wahrheit?

Überall, wo die Kommunisten Erfolge errangen, triumphierte die Reaktion. In Bayern, in Thüringen, in Mecklenburg, in Italien, in Ungarn — auf jeden kommunistischen Erfolg folgte der Sieg der Konterrevolution.

Witten in dem Hagel der Angriffe kämpft für die alten Grundzüge der Demokratie und des Sozialismus die Sozialdemokratische Partei.

Sie bleibt die Partei der Völkerverständigung, trotzdem der Weg dahin mit Dornen bestreut ist. Denn es gibt nur die Wahl zwischen Verständigung und Untergang aller Kultur in einem neuen Kriege.

Die Sozialdemokratie will den deutschen Wiederaufbau nicht durch Verkümmern der Menschenkraft und der Menschlichkeit, sondern durch Opfer des Besitzes.

Dieser Gegenatz hat sie in Kampfstellung zu allen bürgerlichen Parteien gebracht, die an der Schaffung des Erwidernungsgeistes mitgewirkt haben.

Die Regierung und die Regierungsparteien behaupten,

die Sozialdemokratie wolle mit ihren Anträgen die Wertbeständigkeit des Geldes wieder vernichten.

Nichts folcher als das! Die Sozialdemokratie hat seit Jahren die Wertbeständigkeit des Geldes und die Ordnung des Staatshaushaltes gefordert. Sie hat 1921 und 1922, lange bevor der schlimmste Verfall kam, Anträge und Vorschläge dafür dem Reichstag unterbreitet. Sie hat die Erhaltung der Sachwerte verlangt. Sie hielt dabei aber auf den erfolgreichen Widerstand des Bürgerblocks der Steuervertwigerer: der Mehrheit des Reichstages.

Sie will die Festigung der Währung. Sie will aber diesen Erfolg nicht nur auf Kosten der Minderbemittelten, der Arbeiter, Angestellten und Beamten, auf Kosten der Rentendesther, Invaliden, Witwen und Arbeitslosen: darum geht der Kampf!

Sicherung der Währung, Aufbau der Wirtschaft — aber auf Kosten derjenigen, die in Krieg und Nachkriegszeit ihr Gut erhalten und vermehren konnten, nicht auf Kosten derer, die alles verloren, die tief verarmten, nicht auf Kosten derer,

deren Frauen und Kinder bitterste leibliche Not gelitten und die ihre letzten Mittel eingekauft haben.

Wiederaufbau nicht gegen, sondern mit und durch die Werktätigen in Stadt und Land, durch Hebung ihrer materiellen Lage, ihrer körperlichen und geistigen Kräfte, das ist unser Ziel.

Die Sozialdemokratie fordert die Aufrichtung der Herrschaft des Staates über die mächtigen Wirtschaftsgruppen, die Herrschaft der Allgemeinheit über die privaten Ringe und Konzerne, die das Volk ausplündern.

Die Sozialdemokratie will Steigerung der Produktion durch Verbesserung der Technik, durch Hebung des Wissens und der Kultur der arbeitenden Massen. Nicht aber künstliche Erhöhung von Grundrente und Profit durch Schutz- und Lebensmittelpölle.

Ihr Ziel ist Volksherrschaft über Volkswirtschaft!

Die Sozialdemokratie verteidigt die Republik gegen ihre Feinde.

Die Sozialdemokratie erstrebt die Fortbildung der bürgerlichen Republik zum sozialistischen Volksstaat.

Die Sozialdemokratie lehnt es ab, im Putzsch und sinnlosen Generalsireis die Kraft der Arbeiterklasse zu vergeteln. Diese stärken nicht, sondern schwächen das Proletariat.

Die Sozialdemokratie verlangt Abschaffung der Mietsteuer und ihre Ersetzung durch Zuschläge zur Vermögenssteuer.

Die Sozialdemokratie fordert die Heranziehung der Rentner der Kriegsverletten, Invaliden und Witwen, um diese vor dem Verhungern zu schützen.

Die Sozialdemokratie will den Arbeitslosen nicht Almosen, sondern Arbeit verschaffen, und solange das nicht möglich ist, den Rechtsanspruch auf eine menschenwürdige Unterbringung.

Die Sozialdemokratie wird den Kampf um den Achtstundentag fortsetzen. Findet der Achtstundentag im Parlament keine Mehrheit, so wird sie ihn

durch ein Volksbegehren aufs neue erringen.

Die Sozialdemokratie unterstützt den Kampf der Gewerkschaften um die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Sie wendet sich gegen die Politik der Lohnsenkung durch die Reichsregierung. Sie verlangt die Erhöhung der niedrigen Beamtengehälter, die Befestigung von Wärfür und Gärten im Personalabbau.

Am schwersten haben die Frauen, die Mütter unfres Volkes gelitten.

Ihnen hat allein die Sozialdemokratie das Wahlrecht gegeben. Jetzt ergeht gerade an sie der Vorwurf der Reaktionäre, die früher die Frauen für minderwertig erklärt haben. Die Frauen aber sind die ersten Opfer einer Reaktion, die alle Lasten auf die Massen des arbeitenden Volkes abwälzt.

Die Sozialdemokratie tritt ein für eine vollständige Rechtspflege, gegen den Rechtsabbau der Justizreaktion.

Für das Volk — gegen Rückschritt, gegen Bedrückung gegen Ausplünderung, gegen Rechtsminderung, das ist die Parole unfres Kampfes!

Deshalb stehen viele Feinde gegen uns im Streit. Eine von Kapitalisten gekaufte Presse beschuldigt täglich unfre reinen Ziele. Verbitterte, Ermüdete, Gleichgültige gesellen sich zu den bewußten und bezahlten Vertretern kapitalistischer Ausbeutung und erschweren unfre Arbeit.

Wir nehmen den Kampf auf! In dunkleren Zeiten, in schwereren Zeiten hat er uns von Erfolg zu Erfolg geführt. er wird alle Gewalten und Hindernisse zum Trost uns zu neuen Siegen führen.

Für die Republik, gegen die Monarchie!  
Für den sozialen Fortschritt, gegen die soziale Reaktion!  
Für die Wirtschaftsdemokratie, gegen die Diktatur der kapitalistischen Monopole!

Für die Völkerverständigung, gegen den internationalen Militarismus!

Auf in den Kampf, Wähler und Wählerinnen! Alle Kräfte angespannt, alle Hände gerührt, alle Weister wach! Es gilt, das Banner des Sozialismus zu neuen Siegen zu führen!

Berlin, den 20. März 1924.  
Der Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratie Deutschlands.

## Die Fronde der Generaldirektoren

In der Botschaften Zeitung wird an leitender Stelle ein Artikel über Rebellion des Stinnes-Fügel der Deutschen Volkspartei veröffentlicht, der nach Angabe des Blattes „von besonderer Seite der Volkspartei geschrieben“ ist. Die Charakteristik, die in diesem volksparteilichen Schmerzensschreiben Stinnes-Männern gegeben wird, läßt nichts zu wünschen übrig. Es heißt darin:

„An sich ist es ja eine seltsame Situation, wenn sich eine politische Vereinigung gründet in einer Sitzung von etwa zwanzig Herren, von denen die führenden Herren sämtlich Generaldirektoren großer Werke sind. Man sah im Hotel Esplanade den Generaldirektor von der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks-A.G., den Generaldirektor der Wudenburgischen Eisenwerke, den Generaldirektor der Niedersächsischen Eisenwerke, den Generaldirektor von Oberloa, den Kruppwerke Dr. Sorge und, zu ihnen treulich gefolgt, die Führer der Reaktion, namentlich die Abgeordneten Dr. Quast, Dr. Gildemeister und Dr. Piper. Letztere waren es, die den wirtschaftlichen Begehren der Verhandlungen den politischen Rand gab, um — denn das ist der springende Punkt — mit dem Mitteln der Großindustrie die Parteiorganisation in die Welt zu bringen, wie es gegenüber der volksparteilichen Presse schon längst geschah.“

Der parteioffizielle Artikelschreiber verichert, daß die Verteilung diesmal aufs Ganze gehen werde. „Die Worte „unmöglich“ und „untragbar“ gegenüber der neuen Organisation bedeuten die Anlage des Kampfes und den Entschluß, unter weinlichen Scheidung eine Unterminierung der Partei vorzunehmen.“ Wer ist für die Offenheit die Mitteilung: „Der dem Protokollbuch der Reichstagsfraktion fand man in den Tagen der Schrift des Reichstags Stinnes zum Erwerb der Mehrheit der Fraktion eines Tages eine geheime Aufzeichnung, aus der sich ergab, daß eine Anzahl von Mitgliedern sich schriftlich verpflichtet hatte, eine eigene Fraktion

zu begründen, falls ihre politischen Absichten sich bei dieser Kritik nicht verwirklichen würden.“ Der Artikelschreiber spricht von einer „heftigen Erregung“, die sich im Zentralvorstand der Partei gegen die volksparteilichen Dolchschöpfer bemerkbar machte und äußert die Erwartung, daß der Parteitag der Volkspartei in der nächsten Woche im gleichen Sinne wie der Parteivorstand sich gegen die Sonderorganisation wenden werde.

Die Leute von der Schwerindustrie hoffen, daß nach den nächsten Reichstagswahlen die Zeit kommen wird, wo sie mit den Großgrundbesitzern zusammen unbehindert über Deutschland herrschen können. Soll dieser allsüchtige Zustand erreicht werden, muß nicht nur die Sozialdemokratie niedergedrückt werden, sondern die Schwerindustriellen müssen auch die Sicherheit haben, daß die bürgerlichen Mittelparteien nach ihrer Seite tanzen. Zu einem großen Teil gehören ja die Industriemagnaten heute noch der Deutschen Volkspartei an, die sich ebenso wie die alte Nationalliberale Partei stets redlich Mühe gab, den Herrschaften nach Kräften zu dienen. Aber aus Generaldirektoren und Millionären allein kann man keine Partei bilden, die Deutsche Volkspartei zählt in ihren Reihen auch Beamte, Angestellte, kleinere Kapitalisten usw., deren Interessen nicht ohne weiteres mit denen des Großkapitals übereinstimmen, und auf diese Kreise muß natürlich die Deutsche Volkspartei bei ihrer Politik auch Rücksicht nehmen. Deswegen haben die Großindustriellen ihren Willen in der Partei nicht immer durchsetzen können, ein Zustand, den sie nicht mehr länger dulden wollen. Deshalb auch die Zusammenkunft im Hotel Esplanade, in der darüber beraten wurde, wie man die Deutsche Volkspartei noch mehr von sich abhängig machen kann.

Die Herrschaften haben gerade jetzt Anlaß, mit dem Lauf der Dinge in der Deutschen Volkspartei nicht ganz zufrieden zu sein, weil einige ihrer Leute nicht wieder als Reichstagskandidaten aufgestellt sind. Der Stinnes-Fügel der Deutschen Volkspartei hat zwar keine Aussicht, auf den Parteitag

der Deutschen Volkspartei eine Mehrheit zu bekommen, trotzdem muß man sehr stark mit der Möglichkeit rechnen, daß die Sozialmagnaten ihren Einfluß auf die Deutsche Volkspartei noch verstärken. Auf Geld kommt es den Herren nicht an und mit Geld kann man öffentliche Meinung kaufen, um mit Hilfe der gekauften Zeitungen seine politischen Ziele durchzusetzen, ein Geschäft, auf das sich die Leute gut verstehen.

Zu erster Reihe wird es von dem Ausgange der Reichstagswahlen abhängen, ob die Generaldirektoren ihre politischen Ziele noch erreichen können. Wie auch die Dinge in der Deutschen Volkspartei immer laufen mögen, der beste Schutz gegen eine kapitalistische Gewaltherrschaft nach dem Gedank der Stinnes und Stempfle ist eine starke Sozialdemokratische Partei.

## Die Sachverständigen gehen nach London!

Paris, 22. März. (Fig. Drahtf.) Die Sachverständigenausschüsse haben sich entschlossen, das Wochenende zu einer Aussprache mit den zuständigen Londoner Stellen zu benutzen. Die Schwierigkeiten, auf die die Beratungen der Expertenkomitees gestoßen sind, sind meist politischer Natur und machen deshalb Entscheidungen der Regierungen selbst erforderlich. Die englisch-französischen Verhandlungen haben nicht allein das Reparationsproblem zum Gegenstand, sondern auch die Frage der französischen Sicherheiten spielt dabei eine gewichtige Rolle.

### Der Temps gegen Poincaré

Für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund  
Ein Kennzeichen für den Widerbruch, den die Gewaltpolitik Poincarés mehr und mehr auch in Frankreich findet, ist ein Artikel des Temps vom 21. März, der sich mit dem Problem der Reparationen und der französischen Sicherheiten befaßt. In letzterem Punkt faselt das Blatt: